Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 48 (1968-1969)
Heft: 9

Artikel: Britische Staatsmänner zwischen den Kriegen
Autor: Müller, Albert
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-162160

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Britische Staatsmänner zwischen den Kriegen

Albert Müller

Sonderbeilage zur Dezembernummer 1968 der «Schweizer Monatshefte»

Abdruck ist nur unter genauer Quellenangabe gestattet. Übersetzungsrechte vorbehalten

Stanley Baldwin und Ramsay MacDonald

Als im Jahre 1922 Lloyd George als Premierminister der Koalitionsregierung gestürzt wurde, worauf er nie wieder die Macht erlangte, kam in Grossbritannien nicht eine neue Generation, aber ein ganz andersgearteter Typ von Politikern zur Führung. Ausgeschaltet war auch Winston Churchill, der Lloyd Georges kongenialer Mitstreiter gewesen, dem nun herrschenden Typ von Staatsmännern verdächtig war und darum in der Zeit zwischen den Kriegen, von einer kurzen Ausnahme abgesehen, politisch nicht zum Zuge kam. Was die dominierenden Figuren besonders irritierte, war Churchills Denken auf lange Sicht und seine Alertheit vor aufsteigenden Gefahren. Weil ihnen selbst der Scharfblick fehlte und sie den Stimmen der Warner und Mahner unzugänglich blieben, haben diese Politiker gegenüber den Mächten, die schliesslich den Zweiten Weltkrieg entfesselten, in den zwanziger und dreissiger Jahren versagt. Der britische Publizist *Francis Williams*, der die Ereignisse jener Jahre in engem Kontakt mit führenden Persönlichkeiten verfolgte und der heute als Lord Francis-Williams der Labourfraktion im Oberhaus angehört, hat unter dem Titel «A Pattern of Rulers» (Longmans, London) eine eindringliche Studie des Modells der «Regierenden» jener Zeit geschrieben. Seine «Musterkarte» enthält drei Premierminister — Stanley Baldwin, Ramsay MacDonald, Neville Chamberlain —, einen Aussenminister, Lord Halifax, und den Gouverneur der Bank von England, Montagu Norman. Diese politischen Charakterbilder, an denen man bei der Betrachtung der britischen Zwischenkriegszeit nicht vorübergehen kann, liegen der folgenden Darstellung zugrunde; zum kritischen Vergleich und zur Ergänzung sind dabei die Memoiren Churchills, Lord Halifax', Harold Macmillans, die Tagebücher Harald Nicolsons und eine Reihe anderer Werke herangezogen worden.

Im Rückblick auf die Zwischenkriegszeit erscheinen uns Stanley Baldwin und Ramsay MacDonald wie Galionsfiguren des britischen Staatsschiffs — einmal aber hat man diese bedeutungsvoll-dekorativen Gestalten für den Steuermann oder den Kapitän halten müssen. Im Laufe von anderthalb Jahrzehnten, von 1923 bis 1937, lösten sie sich als Premierminister abwechselnd in der Regierung ab und hatten schliesslich, von 1931 an, gemeinsam die Führung inne. Baldwin, 1867 geboren und ein Jahr jünger als Mac-

Donald, war knapp im Vorsprung: er besass eine längere Regierungserfahrung als der Labourführer und erreichte vor ihm das höchste Amt. Beide waren sie nach dem Erlebnis des *Ersten Weltkriegs* vor allem auf Erhaltung des Friedens bedacht; den Kräften, die ihn bedrohten, standen sie jedoch ahnungslos und passiv gegenüber und versäumten durch Vernachlässigung der Rüstung die beste Chance, die potentiellen Angreifer abzuschrecken und durch kluges Ausspielen der eigenen Macht einer Wiederholung der gefürchteten Katastrophe zuvorzukommen.

Der «englischste» aller Premierminister

Stanley Baldwin betrachtete sich selbst als den «englischsten» aller Premierminister, und wahrscheinlich haben die meisten seiner Landsleute ähnlich empfunden. Er war der Sohn eines Eisenhüttenbesitzers in den Midlands und wandte sich wider Willen selbst dieser Industrie zu, obwohl er mit Liebe das Studium des Klassischen Altertums betrieben und eigentlich eine akademische Laufbahn angestrebt hatte. Dieser Wunsch scheiterte jedoch an einem Schulkonflikt, in den der fünfzehnjährige Stanley in *Harrow* verwickelt wurde und der einen langen Schatten auf sein Leben warf. Ein pornographisches Druckerzeugnis, das unter den Schülern die Runde machte, wurde zufällig bei ihm gefunden, und der Headmaster sah in dem Vorfall eine solche Herausforderung der Moral, dass die Wegweisung Stanleys von der Schule kaum abzuwenden schien. Es blieb schliesslich bei einer harten Strafe; aber das tiefe Misstrauen und die Abneigung, die der Headmaster, Dr. Butler, gegen Baldwin gefasst hatte, verdüsterten diesem die Schulzeit in Harrow und verfolgten auch noch den Studenten in *Cambridge*, denn als er die Universität und Trinity College bezog, war Dr. Butler gerade als neuer «Master» von Trinity berufen worden und richtete weiter seinen anklägerischen Blick auf den «Sünder», dem er nie verzieh. Um ihm auszuweichen, gab Baldwin die altklassischen Studien auf und wandte sich der Geschichte zu — mit einem so dürftigen Resultat, dass er auf eine Gelehrtenlaufbahn verzichtete.

Diese Schultragödie, der Francis Williams entscheidende Bedeutung beimisst, hat Baldwins Leben zweifellos stark beeinflusst. Vielleicht war sie, wie der Autor von «A Pattern of Rulers» meint, die Quelle eines uneingestandenen «Schuldgefühls», unter dem auch der Staatsmann noch litt, bis endlich der ihm anhaftende Makel durch Erfolg und allgemeine Anerkennung getilgt war. Auf jeden Fall war Baldwin aus seiner Bahn geworfen, als er nach dem Abschluss seiner Studien in das Familienunternehmen in Worcestershire eintrat. Zwar hat er später manches zum Lob der paternalistischen Industrie seiner Heimat gesagt; selbst aber fühlte er sich bei seinen Geschäftsfreunden der «Eisenbranche» nicht am richtigen Platz, sondern

hegte gegenüber seiner Umgebung vielmehr eine verhaltene Antipathie. Seine erste Kandidatur für einen Parlamentssitz, auf den er kraft seiner gesellschaftlichen Stellung sozusagen einen Anspruch hatte, endete mit einer Niederlage, und als er mit 39 Jahren als konservativer Abgeordneter schliesslich ins Unterhaus gewählt wurde, war er weit entfernt von der Aussicht auf einen politischen Aufstieg, der ihn für das Scheitern seiner Gelehrtenambition hätte entschädigen können.

Tory-Demokrat

Nach einem Jahrzehnt unscheinbaren parlamentarischen Daseins erhielt Baldwin 1917, im vierten Weltkriegsjahr, in der Koalitionsregierung Lloyd Georges zum erstenmal einen einigermassen wichtigen Posten als Finanzsekretär im Schatzamt. Er behielt ihn auch in den Nachkriegsjahren. Der Wahlsieg der Koalition wenige Wochen nach dem Waffenstillstand hatte ins Unterhaus Scharen neuer Abgeordneter gebracht — nach Baldwins später berühmt gewordenen Dictum «hard-faced men who have done well out of the war». Baldwin selbst zog aus der Tatsache, dass seine Eisenwerke im Kriege gut verdient hatten, seine eigene Konsequenz, indem er dem Schatzamt Kriegsanleihensscheine im Betrage von 120000 Pfund, ein Fünftel seines Vermögens, zur Annullierung übergab. Vielleicht spielte, wie Francis Williams vermutet, das alte Schuldgefühl bei diesem eigenwilligen Beitrag zur Tilgung der britischen Kriegsschuld mit hinein, vor allem aber: der Torydemokrat, der Baldwin war, appellierte mit seiner Geste an das «soziale Schamgefühl» der Besitzenden — ohne dass freilich sein Beispiel Schule machte. Auf jeden Fall ist jener Akt zu Baldwins Gunsten zu buchen, auch wenn man dazu sagen muss, dass seine Vorstellung von altenglischer Bürgertugend charakteristisch ist für manche Illusionen seiner späteren Politik.

Der Sturz Lloyd Georges

Wider alle Erwartungen stieg Baldwin durch seine initiative Rolle beim Sturz Lloyd Georges im Jahre 1922 plötzlich in den ersten Rang auf. Ein grosser Teil der Konservativen war, obwohl die bedeutendsten ihrer Minister noch immer zu dem liberalen Premier hielten, der Koalition müde geworden. Das Privatleben Lloyd Georges und Korruptionserscheinungen in seiner Umgebung hatten Unwillen erregt; für Baldwins Antipathie aber gab nicht das den Ausschlag, sondern sein Misstrauen gegen die *dynamische Persönlichkeit* Lloyd Georges, die ihm als etwas Diabolisches erschien. Lloyd Georges

autoritäre Führung im Krieg hatte die Spaltung der Liberalen bewirkt, und Baldwin fürchtete, dass das Bündnis mit ihm auch der Konservativen Partei Verderben bringen werde. Den Freunden Lloyd Georges bei den Konservativen, die in der entscheidenden Sitzung im *Carlton Club* den Ideenreichtum und den Dynamismus des Kriegspremiers als politische Aktivposten auch für die Zukunft empfahlen, rief Baldwin entgegen: «Ja, er ist eine dynamische Kraft, und daher kommen unsere Nöte. Eine dynamische Kraft ist etwas Schreckliches.» Die Worte klangen wie eine Verwünschung, und damit war im Oktober 1922 der Sturz Lloyd Georges entschieden. Baldwin war der kommende Mann der Konservativen Partei; er wurde Schatzkanzler und sechs Monate später *Premierminister*. Lord Curzon, der sich dieses Amtes bereits sicher geglaubt hatte, war damals in seiner Enttäuschung am meisten darüber verbittert, dass es Baldwin war, der ihn aus dem Feld geschlagen hatte, «ein Mann ohne Erfahrung und völlig bedeutungslos» ... Viel zu sehr, als es für ihn und für England gut sein konnte, war jedoch Baldwin selbst davon überzeugt, es sei Gottes Wille, dass er in Downing Street regiere.

Herrschaft der Mittelmässigkeit

Die Mittelmässigkeit hatte über die brillanten und geistig überlegenen Politiker gesiegt, und von 1923 an herrschte sie über anderthalb Jahrzehnte, die Zeit, in der England zuerst vor schwierigen inneren Nachkriegsproblemen und bald vor der äusseren Drohung der aggressiven Diktaturmächte stand. Vor beidem haben diese mittelmässigen Regenten, die England nach der unpopulär gewordenen Herrschaft Lloyd Georges mit Erleichterung begrüsste, versagt und damit auf die Dauer den grössten Schaden angerichtet. Der Umschwung bei den Tories konnte auch nicht durch stärkere Dynamik der Opposition wettgemacht werden, da in der *Labourpartei* ebenfalls die Mittelmässigkeit herrschte und Ramsay MacDonald, der in der schicksalsschweren Zeitspanne abwechselnd mit Baldwin an der Spitze der Regierung stand, den äusseren Gefahren ebensowenig wie der konservative Premier ins Auge sah und zum Handeln noch weniger bereit gewesen wäre.

Erster Auftritt MacDonalds

Baldwins erstes Kabinett hatte nur eine Lebensdauer von wenigen Monaten. Neuwahlen Ende 1923 brachten den Sozialisten zwar nicht eine Mehrheit im Parlament, aber einen Zuwachs an Abgeordneten, und im Januar 1924 bildete Ramsay MacDonald das *erste Labourkabinett*, das mit der Unterstützung der Liberalen regierte. Der neue Premier hatte — zum Unterschied

von anderen Labourführern, die im Krieg als Minister in die Koalitionsregierung eingetreten waren — noch nie ein Amt innegehabt, war aber als sozialistischer Abgeordneter dem englischen Publikum schon viel früher und allgemeiner bekannt geworden als Baldwin.

Ramsay MacDonald wurde 1866 in Schottland als unehelicher Sohn einer Magd und eines Ackerknechts geboren, und da er seine illegitime Geburt als Makel empfand, mag es wohl sein, dass ihm später, wie Francis Williams andeutet, im Streben nach einer Kompensation überaus viel an der gesellschaftlichen und politischen Anerkennung der Oberschicht gelegen war. Er gehörte nie dem Stand der Handarbeiter an; er erwarb sich, in der Hauptsache als Autodidakt, eine gute Bildung, musste sich aber mit dürftig bezahlten Bürostellen begnügen. Zur sozialistischen Bewegung kam er nicht durch die Gewerkschaften, wie das damals die Regel war, sondern durch das intellektuelle Milieu der Fabian Society; 1900 wurde er Sekretär der in ihren Anfängen stehenden Labourpartei, 1906 als Abgeordneter ins Unterhaus gewählt und 1911 Leader der Labourpartei.

Ein «glänzender Ersatz» eines Führers

Nach einem boshaften Wort von Beatrice Webb, die über die Interna der Labourpartei und ihr politisches Personal wie kaum jemand Bescheid wusste, war Ramsay MacDonald «kein wirklicher Führer, aber ein glänzender Ersatz für einen solchen». Er war vor allem ein gewaltiger Redner, dessen betörende Stimme und schwärmerische Sprache die Hörer bezauberten; ohne die Präsenz des persönlichen Charmes, bei der Lektüre, machte jedoch der Text seiner Reden den Eindruck der Hohlheit und Verworrenheit — heute versteht man kaum mehr, dass sie einst eine so starke Wirkung üben konnten. Dem englischen Volk galt MacDonald, der doch die Labourpartei im gegebenen sozialen und politischen Rahmen zur Regierungsfähigkeit erziehen und das Land eindringlich von ihrer Respektabilität überzeugen wollte, paradoxerweise als Verkörperung eines extremen Sozialismus. Dieses Missverständnis wurde noch akzentuiert durch MacDonalds nonkonformistische Haltung im *Ersten Weltkrieg*. Mit Zustimmung der Labourfraktion hatte er 1914 bei Kriegsausbruch an der Aussenpolitik Sir Edward Greys Kritik geübt und keine britischen Verpflichtungen gegenüber Frankreich anerkannt; als aber durch den deutschen Einmarsch in Belgien eine neue Lage entstanden war, brachte er es nicht über sich, daraus die Konsequenz zu ziehen und die militärische Intervention Englands gutzuheissen. Die Motive und Absichten, die er dem Foreign Office unterschob, wurden in der Folge von der deutschen Propaganda reichlich zitiert. Die grosse Mehrheit der Labourabgeordneten ging auf diesem Wege nicht mit. MacDonald

legte schon am 7. August 1914 die Parteiführung nieder; Arthur Henderson und mehrere andere Labourpolitiker traten 1915 als Minister in die Koalitionsregierung Asquiths ein.

MacDonald trat nicht als Pazifist auf und agitierte nicht gegen den Krieg; er bejahte vielmehr öffentlich die Pflicht der jungen Männer Grossbritanniens, für ihr Land zu kämpfen. Mit einer Mischung von Selbstgerechtigkeit und Berechnung hielt er jedoch daran fest, sich von der britischen Regierung, der er eine Mitverantwortung am Kriegsausbruch zuschrieb, und vom Krieg politisch zu distanzieren. Es ist MacDonald nie gelungen, seine widerspruchsvolle Haltung dem englischen Volk klarzumachen. Klarheit und die Fähigkeit zu klarer Entscheidung lagen nicht in seinem Charakter. Bei den «Khakiwahlen» im November 1918 wurde er in seinem Wahlkreis geschlagen. Es dauerte vier Jahre, bis er sich wieder einen Sitz im Parlament zu erkämpfen vermochte. Inzwischen aber war in der Labourpartei ein Umschwung eingetreten. Im November 1922 wurde MacDonald mit den Stimmen des *linken Parteiflügels*, dem er als aktivistischer Sozialist und Märtyrer galt, wieder zum Führer der Parlamentsfraktion und damit der Partei gewählt. Der Mangel an Klarheit hatte auch seine Vorteile...

Das europäische Klima im Jahre 1924

Das war die Vorgeschichte des Mannes, der, ein Idol nicht nur der englischen, sondern der europäischen Linken, im Januar 1924 Premierminister des ersten britischen Labourkabinetts wurde. Die Berufung an die Regierung kam für MacDonald und seine Partei überraschend. Er musste sich auf ein vorsichtiges *Programm sozialer Reformen* beschränken, das die Liberalen, auf deren Stimmen die Regierung angewiesen war, unterstützen konnten. Mehr Bewegungsfreiheit und bessere Erfolgschancen winkten ihm auf dem Gebiet der *auswärtigen Politik*. In der Tat stand Europa im Jahre 1924 — neun Monate dauerte das erste Regierungsexperiment Labours — im Zeichen MacDonalds. Der Streit um die *deutschen Reparationen* hatte 1923 mit der *Besetzung der Ruhr* durch Frankreich zu einer schweren Krise geführt; jetzt war eine gewisse Entspannung eingetreten, und mit dem Regierungswechsel in Paris, der im Mai 1924 statt Poincarés *Herriot* ans Ruder brachte, kam die Möglichkeit einer britischen Vermittlung in Sicht. In dem günstigen Klima dieses Sommers gedieh unter tätiger Mithilfe MacDonalds die deutsch-französische Annäherung und wurde auch ein Anfang zur Liquidation der Ruhrbesetzung und zu einer Verständigung über die Reparationsfrage gemacht.

Dann kam im Herbst die berühmte *Völkerbundsversammlung 1924*, die berühmteste vielleicht. Das Auftreten MacDonalds und Herriots in Genf

erfüllte die Versammlung mit dem Gefühl, historische Stunden, eine weltpolitische Wende zu erleben. Die Rede des britischen Premiers, der die Zukunft auf Abrüstung, internationale Verständigung und Zusammenarbeit im Völkerbund gründen wollte, wurde mit atemloser Spannung angehört, und *Giuseppe Motta* als Präsident der Versammlung gab seinen Empfindungen Ausdruck mit dem Bibelwort von dem Geist Gottes, der über den Wassern schwebte — welche Episode die Macht der MacDonaldschen Rhetorik und die Stärke der Emotionen, aber auch ihre Flüchtigkeit illustriert.

Vom «Genfer Protokoll» zum Locarnopakt

MacDonalds eigentliche Botschaft war die *Abrüstung*. Das Abrüstungsversprechen der Siegermächte war das Thema, das die in Genf nicht anwesenden Deutschen am Vertrag von Versailles und am Völkerbund am meisten interessierte. Dass MacDonald mit Konzessionen in dieser Richtung den Weg der Verständigung bereiten wollte, entsprach seiner Haltung im Kriege. Aber Frankreich und seine osteuropäischen Bundesgenossen, die die Sorge vor Deutschland nicht wie MacDonald und viele seiner Landsleute schon verdrängt hatten, verfochten den *Primat der Sicherheit* — Sicherheitsgarantien als Voraussetzung einer Abrüstung. Im «Genfer Protokoll» von 1924 einigte man sich auf das Triptychon «Sicherheit, (obligatorische) Schiedsgerichtsbarkeit, Abrüstung» und entwarf dazu ein System von Garantie- und Hilfsverträgen, das dem Sicherheitsbedürfnis Frankreichs Genüge leisten und den noch zögernden Staaten den Schritt zur Abrüstung erleichtern sollte.

Eine Weile glaubte man, den Stein der Weisen gefunden zu haben. Als aber Ende 1924 die kurze Herrlichkeit des ersten Labourkabinetts zu Ende ging und in London wieder die *Konservativen* an die Macht kamen, wurde der Entwurf des «Genfer Protokolls», das Grossbritannien in ein bündnisähnliches System militärischer Verpflichtungen auf dem Kontinent einbezogen hätte, von der neuen Regierung Baldwin desavouiert. Um eine Kompensation zu bieten, vollzog sie 1925 den Beitritt zum *Locarnopakt*, der zur Beruhigung Frankreichs und Belgiens den *Status quo* an der Westgrenze Deutschlands, also auch die Entmilitarisierung des Rheinlands, unter die Garantie Grossbritanniens und Italiens stellte. Als Hitler im März 1936 durch die *Remilitarisierung des Rheinlandes* den Pakt zerriss, war es wiederum ein Kabinett Baldwin, welches das fällig gewordene Garantieversprechen nicht einlöste, sondern die «Schuld» Grossbritanniens gegenüber Frankreich durch ein militärisches Hilfsversprechen für die Zukunft abgalt, das viel zu spät zu einem Militärbündnis verdichtet wurde und die Katastrophe nicht mehr abwenden konnte.

Damit sind wir vom Gedankengang Francis Williams' etwas abgewichen und den Ereignissen vorausgeeilt. Wir kehren zurück zum Jahr 1924. In ihrer neunmonatigen Amtszeit schloss die Regierung MacDonald einen Handelsvertrag und ein Kreditabkommen mit der Sowjetunion, was auf ernstere Gegnerschaft stiess, als der Premierminister angenommen hatte. In dieser Situation bot ein Vorfall, bei dem der Justizminister mit einem verhafteten Kommunisten vermeintlich zu nachsichtig verfahren war, der konservativen Opposition eine willkommene Gelegenheit, das Misstrauen gegen die Labourregierung zu schüren. Die Liberalen schlugen eine Untersuchungskommission vor; aber MacDonald, durch persönliche Angriffe ohnehin gereizt, lehnte diese Prozedur als nicht akzeptabel ab, und als darauf die Konservativen für den liberalen Antrag stimmten, wurde das *Kabinett MacDonald gestürzt.* In dem nun folgenden Wahlkampf machte sich die Propaganda der Konservativen die antikommunistische Welle zunutze, indem sie auf dem Höhepunkt der Kampagne einen Brief Sinowjews veröffentlichte, der die sowjetische Einmischung in England in der krassesten Weise zu dokumentieren schien, dessen Echtheit aber umstritten war und noch ist. Diese Veröffentlichung trug zweifellos einiges zum *Wahlsieg der Konservativen* bei.

MacDonald selbst hatte in der Sache des Sinowjew-Briefes eine unglückliche Hand. Der Premierminister war, als das Schriftstück zuerst auftauchte und zur Kenntnis der Regierungsstellen kam, auf einer Wahlreise und korrespondierte mit dem Foreign Office über die Frage eines eventuellen Protests beim sowjetischen Geschäftsträger. Als er durch die Veröffentlichung des Briefs und die von ihm noch gar nicht autorisierte Publikation des Protests überrascht wurde, kam er seiner vollkommen überrumpelten Partei, die in den letzten Tagen des Wahlkampfs das Feld dem Gegner überlassen musste, mit keiner Erklärung zu Hilfe. Damals gab es in Labourkreisen einige Bitterkeit gegenüber MacDonald; zum Ausdruck kam sie erst viel später, als er sich von der Partei trennte. 1924 aber kam der Sinowjew-Brief dem «Mythos» MacDonalds zu Hilfe. Im Grunde hatte Labour nach dem kurzen Regierungsexperiment infolge eigener Fehler auf einen Rückschlag gefasst sein müssen. Die Partei zog es jedoch immer vor, ihre Niederlagen durch die verwerflichen Manöver der Gegner zu erklären, in diesem Fall mit der Behauptung, die Konservativen hätten die Wahlen durch den unerhörten Betrug des «gefälschten» Sinowjew-Briefs gewonnen. MacDonald als Opfer einer Fälschung wurde bei den Gläubigen nur noch populärer. Er blieb Führer auch in der Opposition, und Labour verfügte so ganz und gar nicht über einen Ersatz für seine messianische Gestalt, dass Ramsay MacDonald fünf Jahre darauf zum zweitenmal Premierminister wurde.

Baldwin und MacDonald auf dem Weg zur Koalition

Von 1925 bis 1929 regierte das zweite Kabinett Baldwin. In seiner auswärtigen Politik brauchte es, da am weltpolitischen Horizont noch keine schweren Wolken standen, keine dramatische Gangart anzuschlagen. Seine diplomatische Initiative in Europa führte mit dem Abschluss des bereits erwähnten Pakts von Locarno zu einem bedeutenden Erfolg. Wenn Frankreich dank dem Locarnopakt, im Zuge der allgemeinen Anerkennung des Status quo am Rhein, zu seinen Gunsten den ersten freiwilligen Verzicht Deutschlands auf Elsass-Lothringen buchen konnte, so erhielt anderseits Deutschland durch seinen Eintritt in den Völkerbund, für den der Pakt die Voraussetzung schuf, in der europäischen Politik wieder ein stärkeres Gewicht. Den Hauptanteil an der britischen Locarnopolitik hatte *Sir Austen Chamberlain*, der im zweiten Kabinett Baldwin das Foreign Office leitete und im übrigen — da er schon bald ausgeschaltet wurde — auf lange Zeit hinaus der letzte britische Aussenminister war, der für das Sicherheitsbedürfnis Frankreichs Verständnis hatte und eine politische und moralische Verpflichtung gegenüber dem Weltkriegsverbündeten empfand. Erst zehn Jahre später, 1936, zog im Foreign Office wieder ein Mann ein, der ähnlich dachte: Anthony Eden. Als aber Hitler mit dem Einmarsch in die entmilitarisierte Zone den Status quo am Rhein einseitig änderte, war auch Eden nicht imstande, im Kabinett Baldwin Frankreichs begründete Forderung nach Sanktionen gegen den Vertragsbrecher durchzusetzen.

Goldstandard als Statussymbol

Im April 1925 vollzog die Regierung Baldwin den folgenschweren Schritt der Rückkehr zum Goldstandard. Die formelle Verantwortung dafür trug *Winston Churchill*, der im zweiten Kabinett Baldwin Schatzkanzler geworden war und für den der Gedanke, das britische Prestige in der Welt zu heben, sicher sehr verlockend war. Er hatte dabei die volle Zustimmung Baldwins, der mehr und mehr als Lobredner britischer Tradition und Solidität auftrat und in dessen Konzept die Wiederaufrichtung des klassischen Tugendsymbols in der Währungspolitik vorzüglich passte. Die treibende Kraft war jedoch *Montagu Norman*, der Gouverneur der Bank von England, dessen Ehrgeiz es war, Londons Stellung als *Finanzzentrum* im ganzen Glanz der Zeit vor 1914 wieder erstehen zu lassen. Die Rückkehr zum Gold und zur Vorkriegsparität des Pfundes brachte England einen Prestigezuwachs, der aber einseitig seiner Rolle als Finanzmacht zugutekam und wirtschaftlich viel zu teuer bezahlt werden musste. Die Währungsoperation erhöhte die Preise britischer Exportwaren um zehn Prozent; aber über die *Erschwerung*

der Ausfuhr wie über alle anderen wirtschaftlichen und sozialen Folgen seiner Politik setzte sich Montagu Norman souverän hinweg.

Die Auswirkungen der einseitig orientierten, von dem Gouverneur der Bank von England autokratisch gesteuerten Währungspolitik machten nicht nur der Regierung Baldwin, sondern mehr noch dem zweiten Labourkabinett zu schaffen und beeinflussten die gesamte britische Politik bis zum Zusammenbruch des Goldstandards im Jahre 1931 und darüber hinaus. Die Schwierigkeiten liessen schon 1925 nicht lange auf sich warten. Die Erschwerung des britischen Exports wirkte sich zuerst auf die Kohlenausfuhr aus und führte zu Lohnreduktion und Beschäftigungsrückgang im Bergbau. Die Folge war ein langwieriger, wirtschaftlich unvernünftiger *Streik der Grubenarbeiter*, die mit gewerkschaftlichen Kampfmitteln gegen die Konsequenzen einer Absatzkrise angehen wollten. Die einzige Entschuldigung für sie war, dass die konservative Regierung ihrerseits die Lage nicht erfasst und auf jeden Fall noch keine Anstalten getroffen hatte, um durch Rationalisierungsmassnahmen die Wettbewerbsfähigkeit der britischen Kohlengruben wieder herzustellen.

Der Generalstreik von 1926

Die Solidarität mit den streikenden Bergarbeitern trieb die Labourpartei und die Gewerkschaften im Mai 1926 in das Abenteuer des politischen Generalstreiks, der mit ihrer Niederlage endete. Im Vorstadium hatte Baldwin in den Verhandlungen über einen Kompromiss Verständnis für die Lage der Labourpolitiker und viel Geduld gezeigt; nach Francis Williams hätte er jedoch dabei nicht genügend Standfestigkeit bewiesen, sondern in einer Stimmungskrise plötzlich das Steuer den Ministern der schärferen Observanz, darunter Churchill, überlassen, welche die keineswegs aussichtslosen Besprechungen übereilt abgebrochen und mit diesem Kurzschluss dem Verhängnis den Lauf gelassen hätten. Auf jeden Fall wurde die Machtprobe, auf die sich die Labourführer halb bewusst, halb wider Willen eingelassen hatten, durch den Widerstand einer breiten Mehrheit der Bevölkerung in einen Rückschlag für die Linke verwandelt. Die Erschütterung des Generalstreiks hinterliess politische Spannungen und ein latentes Misstrauen. Die Parlamentsmehrheit beschloss ein Gesetz, das den Gewerkschaften die finanzielle Unterstützung der Labourpartei und ihrer Politik erschwerte. Es war ein Produkt des Unwillens, den der Generalstreik nicht nur in den konservativen Kreisen erregt hatte — eine einwandfrei legale, aber vielleicht nicht kluge «Strafmassnahme», die jedoch von der Opposition als willkürlicher Racheakt verschrien und von der nächsten Labourregierung mit demonstrativer Eile aufgehoben wurde.

Baldwins rhetorische Sendung

Während und nach der Krise vom Mai 1926 trat Baldwins rhetorische Sendung immer stärker in Erscheinung. In seinen Reden, in denen er häufig in poetischen Abschweifungen die landschaftliche Schönheit Englands und seine altväterische, mit Vorliebe dörfliche Ordnung ausmalte, predigte er eine beschauliche Pflege englischen Wesens und englischer Tradition, ja die *Beschränkung auf die eigene Art*, die ihm mit Tugend ohne weiteres identisch war. Es schien, als müsste Baldwin seinen Landsleuten noch immer und stets wieder ein Gegengift einflössen gegen den bösen Geist Lloyd Georges, jenen heroischen Geist, der im Kriege so ganz andere englische Tugenden geweckt hatte — gegen jene Dynamik, die Baldwins Schrecken war und deren Wiederkehr um jeden Preis verhindert werden sollte. In den zwanziger Jahren entstand aus dieser Rhetorik, ausser dass sie der herrschenden Apathie förderlich war, noch kaum Schaden; aber als Baldwin später, um einem unerwünschten «dynamischen» Warner wie Churchill nicht Recht geben zu müssen, lieber den Blick von den drohenden Gefahren abwandte und sie beschönigte, wenn nicht sogar leugnete — da begann schon die Zeit, in der ihn die Geschichte von dem Vorwurf schuldhaften Versagens nicht mehr freisprechen kann.

Die Reden wurden dem Premierminister zum Hauptinhalt seines Amtes; dafür gab er zum Nachteil der Regierungsgeschäfte seine Kräfte so sehr aus, dass er danach völlig erschöpft und keiner Entschlüsse fähig war. Bald fehlte es dem zweiten Kabinett Baldwin an jeglicher Initiative. Die Regierung verteidigte die Goldparität des Pfundes; in Wirklichkeit aber lag diese Aufgabe in den Händen Montagu Normans. Die wirtschaftlichen Probleme blieben ungelöst; die Arbeitslosigkeit stieg langsam an, und diese Entwicklung half der Labourpartei, ihre Wahlniederlage von 1924 und die Unpopularität, die ihr das Generalstreiksabenteuer eingetragen hatte, in wenigen Jahren zu überwinden. Die Parlamentswahlen im Mai 1929 machten Labour zur stärksten Partei, und MacDonald bildete sein zweites Kabinett.

MacDonalds Wiederkunft

Diesmal verfügte die Labourregierung im Unterhaus über 290 Abgeordnete und konnte von der Gruppe der 57 Liberalen Zuzug gegen die 259 Konservativen erwarten. Das Stück ging weiter. Der Hauptakteur, Ramsay MacDonald, nahm seine aussenpolitische Mission wieder auf, wo er sie 1924 hatte niederlegen müssen. Die Reparationsfrage war mit der deutschen Wirtschafts- und Zahlungskrise wieder in eine kritische Phase eingetreten,

und in Genf war die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz im Gang. Anders als Baldwin, der einmal im Jahr zur Kur nach Aix-les-Bains fuhr, sonst aber nie den Fuss in fremde Länder setzte, unternahm MacDonald häufige *Reisen* ins Ausland und inaugurierte damit eine Form der Diplomatie, durch die sich die Welt erst faszinieren liess, bevor sie sich daran gewöhnte. Die «Daily Mail», die ihn stets mit beissendem Witz verfolgte, meldete eines Tages die Rückkehr MacDonalds von einer Auslandsreise unter der Schlagzeile: «Der Premierminister besucht England.» Die Ergebnisse der hektischen Aktivität, eine ephemere Lösung der Reparationsfrage, die bald durch die Weltwirtschaftskrise und den deutschen Nationalismus hinweggefegt wurde, und papierene Beschlüsse zur Abrüstung, wurden als grosse Erfolge gefeiert, konnten aber die gefährliche Wirklichkeit nur noch kurze Zeit verschleiern. Der Gerechtigkeit halber muss man immerhin daran erinnern, dass auch die Amerikaner mit dem Kelloggpakt über die «Ächtung des Krieges als Mittel der nationalen Politik» in jener Zeit einen Beitrag zur Diplomatie der Illusionen geleistet haben.

Im Innern ging die 1925 von den Konservativen eingeleitete Entwicklung weiter. Die Labourregierung verteidigte das Goldpfund. Ihre gesetzgeberischen Schritte in der Sozialpolitik waren keineswegs extravagant. Die Zahl der *Arbeitslosen*, die beim Amtsantritt MacDonalds im Juni 1929 1,1 Millionen betrug, wuchs bis Anfang 1931 auf 2,5 Millionen an. Gelüste, den Goldstandard aufzugeben, wurden von dem sozialistischen Schatzkanzler *Snowden*, in dem Montagu Norman einen unbedingten Anhänger gewonnen hatte, mit doktrinärer Strenge unterdrückt. Im Grunde aber war den Labourpolitikern nicht an einer Änderung der Währungspolitik, sondern nur daran gelegen, die Arbeiterschaft gegen die sozialen Folgen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten abzuschirmen — vor allem die Arbeitslosenunterstützung ohne Reduktion auszuzahlen und trotz der viel grösseren Zahl der Empfänger die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung nicht zu erhöhen. Aber hinter dem Status quo versteckte sich ein Mehraufwand, der für den Staat kostspielig war.

Im Sommer 1931 nahmen die finanziellen Konsequenzen dieser Politik alarmierende Formen an. Es bestand auch der Verdacht, dass die Labourregierung, um sich Mittel zur Erleichterung der Finanzklemme zu beschaffen, zu unorthodoxen Methoden greifen könnte. Zu gleicher Zeit zogen infolge des Zusammenbruchs der Österreichischen Kreditanstalt, der deutschen Zahlungsunfähigkeit und der kurzfristigen Verschuldung der City schwere Wolken über dem Finanzzentrum London auf, die Mitte Juli zu einem *Sturm auf das Pfund* und zu starken *Goldverlusten* der Bank von England führten. Francis Williams stellt dies als die primäre Ursache der Krise von 1931 dar, neben der die bedrohliche Entwicklung der Staatsfinanzen nur eine sekundäre Rolle gespielt hätte. Auf jeden Fall aber bestand eine Wechselwirkung

zwischen den beiden Krisenherden, so dass der Sturm auf das Pfund nicht aufgehalten werden konnte, wenn nicht gleichzeitig das Anwachsen des Defizits im Staatshaushalt gebremst wurde.

MacDonald stand den Problemen der Finanz- und Vertrauenskrise ohne eine politische Konzeption gegenüber. Die Labourregierung war ohne wirkliche Führung. Bereits hatte eine Königliche Kommission die Erhöhung der Mitgliederbeiträge zur Arbeitslosenversicherung und anderer Sozialversicherungen als Notwendigkeit bezeichnet. Im August nahm der Druck in jedem Sinne zu, und London stand vor der Tatsache, dass weitere amerikanische Kredite zur Stützung des Pfundes nur zu bekommen waren, wenn in Grossbritannien die Arbeitslosenunterstützung gekürzt würde. Obwohl eine solche Bedingung der Natur der Dinge entsprach, wollte man darin in Labourkreisen eine Erpressung sehen. Der Premierminister und der Schatzkanzler befürworteten die Kürzung, die meisten anderen Minister widersetzten sich. MacDonald und Snowden hatten gegenüber den Führern der anderen Parteien aus dem Riss im Labourlager kein Geheimnis gemacht; Aussicht auf eine Einigung des Kabinetts bestand offenbar nicht mehr.

Koalitionsregierung und Abwertung

Am 24. August erklärte MacDonald den *Rücktritt* seiner Regierung; am Tage darauf nahm er den Auftrag des Königs zur Bildung einer *Nationalen Koalitionsregierung* an. Nur drei Labourminister, Philip Snowden, J. H. Thomas und Lord Sankey, folgten ihm. Die Konservativen mit Baldwin als Lordpräsident an der Spitze, die Liberalen mit Sir John Simon traten in die Regierung ein. Im September folgte die *Preisgabe des Goldstandards* mit einer 20prozentigen Abwertung des Pfundes. Ursprünglich war man der Meinung gewesen, die Bildung der Koalitionsregierung werde es möglich machen, die Abwertung zu vermeiden. Das hatte jedenfalls Schatzkanzler Snowden geglaubt, der sich wegen seiner Enttäuschung mit MacDonald endgültig entzweite. Das Misstrauen gegen das Pfund war durch den Regierungswechsel nicht beseitigt worden, und gegen Snowden und vor allem gegen Montagu Norman setzte sich die Auffassung durch, dass sich die Koalition in der Verteidigung des überwerteten Pfundes nur abnützen würde und dass deshalb der Zeitpunkt gekommen sei, mit der Abkehr vom Goldstandard den folgenschweren Fehler von 1925 zu korrigieren. Dieser Schritt, der bisher allen Parteien Anathema gewesen war, konnte von der Koalitionsregierung auch am ehesten getan werden. Die Ereignisse gingen über Montagu Norman hinweg, der sich von diesem Schlag nie mehr ganz erholte, obwohl er noch dreizehn Jahre Gouverneur der Bank von England blieb.

Das Trauma von 1931

Im Oktober drangen die Tories mit ihrer Forderung nach Parlamentsauflösung durch, und die *Neuwahlen* brachten der Nationalen Koalition 502 Mandate. Der Löwenanteil dieser Sitze fiel an die Konservativen. Die Labourfraktion schrumpfte auf 52 Abgeordnete zusammen. Die Sozialisten betrachteten die Schwenkung ihres so lange vergötterten Führers, der den Auftrag zur Bildung der Koalitionsregierung ohne Befragung der Partei angenommen hatte, als Verrat und sagten sich von ihm los.

Auch heute, gereizt durch das von den Konservativen geprägte Schlagwort, das Labour zur «Partei der Abwertung» stempelt, verwahrt sich die englische Linke noch immer gegen jede Gemeinschaft mit dem MacDonald von 1931, gegen jede Verantwortung für die damalige Abwertung. In der vorsichtigeren Form, in der die Konservativen ihre Glosse zur Geschichte der Pfunddevaluationen im Parlament vorgebracht haben, ist sie allerdings nicht zu bestreiten: Grossbritannien hat drei sozialistische Premierminister — MacDonald, Attlee und Harold Wilson — gehabt; alle drei haben das Pfund abgewertet. Im übrigen liegen heute auf der Labourseite doch leichte Anzeichen einer Milderung der Parteiacht gegen MacDonald vor. Bei Anlass seines 100. Geburtstages, im Oktober 1966, nahm Premierminister Wilson an einer von zahlreichen Mitgliedern des Unterhauses besuchten Gedenkfeier teil und erklärte in seiner Rede, MacDonald habe, als die Labourregierung 1931 durch eine heute nicht mehr haltbare Wirtschaftsdoktrin zu Fall kam, keineswegs die Zerstörung der von ihm begründeten Partei gewollt, sondern vielmehr einigen Labourabgeordneten ausdrücklich geraten, in der Partei zu bleiben, deren Stunde wiederkommen werde...

Baldwin und die Rüstung

Hitlers Aufrüstung

Dass MacDonald von 1931 bis 1935 als Premierminister nur die Galionsfigur der *Koalitionsregierung* war, wurde damals schon sichtbar. Zwar erntete er auf seinen Reisen noch immer Bewunderung und Verehrung; aber bei einer seiner letzten Apparitionen auf dem Welttheater, auf der Konferenz in Stresa im Frühjahr 1935, die *Hitlers vertragswidriger Aufrüstung* und seinem Griff nach Österreich entgegentreten sollte, wirkte er nur wie der Schatten des Aussenministers Sir John Simon. Wenige Wochen darauf übergab er das Amt des Premierministers an Baldwin und löste diesen auf dem Posten des Lordpräsidenten ab.

In den Tagen vor und nach Stresa schien es, als ob sich in der auswärtigen Politik Grossbritanniens eine Änderung anbahne. Die Koalitionsregierung hatte bis dahin in Europa einen Kurs des Misstrauens gegen Frankreich und des relativen Wohlwollens gegenüber Deutschland befolgt. Diese Akzente hatte MacDonald im Jahre 1924 schon gesetzt, und Baldwin war damals glücklich gewesen, diese Komponente der Aussenpolitik seines sozialistischen Vorgängers übernehmen zu können. Der Kurs wurde trotz Hitler auch nach 1933 fortgesetzt mit dem absurden Ergebnis, dass London bei gleichbleibendem Misstrauen gegen Paris in eine sträfliche Leichtgläubigkeit gegenüber dem nationalsozialistischen Regime verfiel. Als aber Hitler nach der Proklamation der «deutschen Wehrfreiheit» im März 1935 die britische Regierung mit der Erklärung überraschte, dass Deutschland die Parität in der Luft bereits erreicht habe, rief das in der englischen Öffentlichkeit, die getäuscht worden war, einen Schock hervor, dem die Regierung Rechnung tragen musste.

Die Besinnung auf eine festere Haltung war nicht von langer Dauer. *Baldwin* hatte einige unangenehme Stunden im Parlament, die er aber rhetorisch überbrückte. Wenige Monate zuvor, im November 1934, hatte er im Unterhaus erklärt, die *deutsche Luftwaffe* sei noch nicht halb so stark wie die britische; im Mai 1935 musste er zugeben, dass er sich getäuscht habe — nicht, so behauptete er, über den damaligen Stand der deutschen Luftwaffe, sondern über das Tempo ihrer weiteren Entwicklung. Eine Beruhigung konnte das nicht sein, denn wenn es richtig war, dass Deutschland einen so grossen Rückstand in der Zahl seiner Flugzeuge in einem halben Jahr aufholen konnte, musste man daraus schliessen, dass die deutsche Flugzeugproduktion weit grösser und leistungsfähiger als die britische war. Der in Stresa eingeleitete Versuch, der vertragswidrigen Aufrüstung Deutschlands Einhalt zu gebieten, erhielt bald einen schweren Schlag durch das britisch-deutsche Flottenabkommen vom Juli 1935, mit dem die britische Regierung die einseitige Aufrüstung Deutschlands zu Lande und in der Luft faktisch anerkannte.

Das Dilemma von 1933

Für die Engländer, die von den politischen und militärischen Absichten des nationalsozialistischen Deutschland eine richtige Vorstellung hatten, musste sich angesichts des sich bereits abzeichnenden Vorsprungs der deutschen Luftwaffe die Frage ergeben, warum Grossbritannien nicht 1933, nach Hitlers Machtergreifung, an seine eigene Rüstung gedacht habe. Jahre später, als er Premierminister war, beantwortete Baldwin diese Frage mit dem Hinweis auf die seither berühmt gewordene *Wahl in East Fulham* vom

Herbst 1933. In diesem Wahlkreis hatten bei einer Nachwahl die Konservativen einen sicheren Sitz an einen Labourkandidaten verloren. Baldwin — in der Annahme, dass der Kampf in East Fulham um den pazifistischen Gedanken geführt worden sei — interpretierte den Laboursieg als Ausdruck einer *pazifistischen Grundstimmung* der englischen Wähler. Unter diesem Aspekt war der Gedanke an Neuwahlen für ihn ein Alptraum, und 1936, als er dem Unterhaus in einer Rede von — wie er selbst sagte — «erschreckender Offenheit» seine Rechtfertigung vortrug, erklärte er: «Nehmen wir an, dass ich mich damals an das Land gewandt und gesagt hätte, dass Deutschland rüste und dass wir aufrüsten müssen — glaubt denn irgend jemand, dass diese unsere friedliche Demokratie dem Ruf in jenem Augenblick gefolgt wäre? Ich kann mir nichts denken, was von meinem Standpunkt aus sicherer zum Verlust der Wahlen geführt hätte.»

Baldwin war, wie Francis Williams nachweist, mit seiner Interpretation von East Fulham im Irrtum: der siegreiche Labourkandidat war ein bewährter Marineoffizier; er war nie Pazifist gewesen und stand gerade jenen Labourabgeordneten nahe, welche die negative Haltung ihrer Fraktion zu den Verteidigungskrediten kritisierten, und überhaupt hatte bei der Nachwahl die Frage des Pazifismus keine Rolle gespielt. Wie der Autor von «A Pattern of Rulers» meint, hätte Baldwin, wenn er dem Land reinen Wein eingeschenkt und es damit von der Notwendigkeit der Rüstung überzeugt hätte, die Wahlen gewinnen können. Dennoch ist Baldwins Alptraum von 1933 nicht ganz unverständlich, und wer auf Grund eigener Erinnerungen an das England der dreissiger Jahre zu dieser Kontroverse Stellung nimmt, muss zu der These Francis Williams jedenfalls einen Zusatz machen: Baldwin hätte 1933 und in den folgenden Jahren einen Wahlkampf im Zeichen eines Rüstungsprogramms wahrscheinlich gewinnen können — aber nur gegen die heftige *Opposition der Labourpartei*, die, wie Churchill in seinen Memoiren feststellt, auch noch 1934 nur auf die Gelegenheit wartete, einen Wahlkampf unter der Parole «Gegen die Tory-Rüstung» führen zu können. Und in den Erinnerungen Harold Macmillans liest man, wie Attlee, Arthur Greenwood und Morrison dieser Absicht bei den Wahlen von 1935, obwohl die Regierung mit ihrem Völkerbundskurs nur ein bescheidenes Rüstungsprogramm verband, in demagogischer Weise nachlebten, indem sie den Rüstungsaufwand als überflüssig bezeichneten und die konservativen Minister und Churchill als Angstmacher, Feuerfresser und Militaristen anprangerten.

Mit seiner Erklärung zur Fulham-Episode hat sich Baldwin dem Vorwurf ausgesetzt, das Interesse seiner Partei über die nationale Sicherheit gestellt zu haben. In der Tat glaubte er, dass Wohl und Wehe der Konservativen Partei gleichbedeutend mit dem Schicksal Englands sei. Und er erschien schliesslich den Tories selbst als unübertrefflicher Parteimanager, als

er 1935 die Konservativen zu einem grossen Wahlsieg führte, indem er die Wähler davon überzeugte, dass seine Regierung im italienisch-abessinischen Konflikt sich auf die kollektive Sicherheit festgelegt habe und die Sache des Völkerbunds zu der ihrigen machen werde.

Sanktionen gegen Italien und Wahlstrategie

Die kollektive Sicherheit mit dem *Völkerbund* als Instrument war für die Konservativen und für Baldwin selbst eine ziemlich neue Entdeckung. In den zwanziger Jahres hatten sie die Rolle des Völkerbundes stets restriktiv interpretiert und sich seinem Ausbau zu einem System kollektiver Sicherheit widersetzt. Unter der Koalitionsregierung war es nicht anders. Mit MacDonalds verschwommenen Vorstellungen von Abrüstung und Verständigung war, auch wenn der Premier noch Einfluss gehabt hätte, im Völkerbund keine Politik zu machen. Im japanisch-chinesischen Konflikt von 1932 wurde es offenkundig, dass London dem Eroberungskrieg Japans in der Mandschurei im Völkerbund keine ernsten Hindernisse in den Weg legen wollte und deshalb in Genf die Klage Chinas gegen den Angreifer durch Sir John Simon mit den Mitteln der Verschleppungsdiplomatie abwürgen liess. In den Augen der Vereinigten Staaten, die unter dem Eindruck des Mandschureikonflikts zum erstenmal gewisse Hoffnungen auf den Völkerbund gesetzt und an den Beratungen teilgenommen hatten, war damit die Genfer Institution und noch mehr die britische Politik mit nachhaltiger Wirkung diskreditiert.

Baldwin war höchst überrascht, als im Juni 1935 das sogenannte «Peace Ballot», eine von der Union der Völkerbundsfreunde ausgehende, von der Labourpartei und den Liberalen unterstützte inoffizielle Volksbefragung, eine überaus starke Zustimmung zum Völkerbund und zum Prinzip der kollektiven Sicherheit ergab. Unter dem Eindruck der italienischen Kriegsvorbereitungen gegen *Abessinien* sprachen sich elf Millionen Personen mit ihrer Unterschrift für wirtschaftliche und nötigenfalls militärische Sanktionen gegen einen Angreifer aus. Eine Strömung von solcher Stärke hatte Baldwin im englischen Volk nicht vermutet; aber er war bereit, ihr sowohl in der auswärtigen Politik Rechnung zu tragen als sie auch wahlpolitisch zu nutzen. Seine Versicherung, im Fall eines Angriffs auf Abessinien werde die britische Regierung im Rahmen einer gemeinsamen Aktion des Völkerbundes Sanktionen gegen Italien ergreifen, war in erster Linie ein Wahlversprechen. Gewiss war damit auch eine Warnung an Mussolini beabsichtigt; wie aber Grossbritannien handeln würde, wenn der italienische Diktator sich durch die Sanktionsdrohungen von seinem kriegerischen Abenteuer nicht abhalten liesse, das war keineswegs durchdacht, sondern dem Völkerbund überlassen worden.

Nachdem im Oktober 1935 der Krieg in Abessinien begonnen und die Novemberwahlen in England den Konservativen den Sieg gebracht hatten, schien der britischen Regierung der eigentliche Zweck ihrer Sanktionspolitik erreicht und die Zeit für einen Kompromiss im Abessinienkonflikt gekommen zu sein. Die erwartete Initiative zu wirksamen Sanktionen blieb aus. Im Januar 1936 rief das Hoare-Laval-Abkommen, ein Versuch, Italien mit einem Teil des äthiopischen Reichs zufrieden zu stellen, in England allerdings noch einmal eine Grundwelle des Widerstandes gegen die Aggression hervor. Baldwin lenkte sofort ein, liess das Abkommen und Sir Samuel Hoare fallen und gelobte Treue zu seinem Wahlversprechen; aber auf längere Sicht änderte das nichts an dem Versanden der Völkerbundsaktion, die schliesslich unrühmlich abgebrochen werden musste. Inzwischen aber hatte Hitler mit dem Vertragsbruch vom März 1936 straflos die Remilitarisierung des Rheinlandes vollzogen und damit Europa dem Krieg einen Schritt näher gebracht.

Wie die Engländer in ihrer Mehrheit damals gestimmt waren — alarmiert und erbittert gegen Mussolini und den Faschismus, langmütig und einstweilen eher gleichgültig gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland —, kamen sie über den folgenschweren Coup Hitlers leichter hinweg als über die Niederlage im Abessinienkonflikt, die mit einem Schlag den Kredit des Völkerbundes und eine Illusion der Wohlgesinnten zerstört hatte. Hätte Baldwin die politische Bühne nach diesem Misserfolg verlassen, so hätte der Schatten der Missstimmung über dem Abschied gelegen. Aber die dynastische Krise, die mit der *Abdankung Eduards VIII.* endete, stellte den intimen Kontakt des Premierministers mit dem Denken und Fühlen der Engländer wieder her, und als Baldwin nach der Krönung des neuen Königs im Mai 1937 zurücktrat, begleitete ihn ein Chor von Lob- und Dankreden und die allgemeine Sympathie.

Dennoch — die Geschichte hat Baldwin übel mitgespielt, als sie ihm das kontemplative Gelehrtenleben, das er sich gewünscht hatte, vorenthielt und ihm die Verantwortung des Premierministers von Grossbritannien auflud. In einer Zeit, in der sich grosse Völker vom Fieber der Gewalt und Aggressivität ergriffen zeigten, war Baldwin der Gedanke an Krieg schlechthin unerträglich. Er sprach das in vielen Reden aus, die von edler Humanität erfüllt waren und denen zivilisierte Menschen überall in Europa Respekt zollten. Gefährlich an diesen Reden war des Premiers *Flucht vor der Wirklichkeit,* die für England nicht nur einen Rückstand in seiner Rüstung zur Folge hatte, sondern auch eine Nation von durchaus männlichem Denken in kritischer Zeit zur *Passivität* verleitete.

Aber darin täuschte sich der «englischste» aller Premierminister in seinen Landsleuten. Auf Baldwin hätten die Worte seines Vetters *Rudyard Kipling* gemünzt sein können: «What should they know of England who only England

know?» Hätte er den Blick nicht von der Welt ab- und nur dem eigenen Land zugewandt, hätte er vielmehr die sich erhebenden Mächte der Gewalt und Aggressivität erkannt, so hätte Baldwin auch gewusst, dass ihnen England seiner eigenen Natur gemäss Widerstand leisten musste und wollte. Als dann das Land ohne Vorbereitung in den Krieg eintrat und gegen einen übermächtigen Feind mit ungenügenden Waffen im Kampfe stand, richtete sich die Bitterkeit der Engländer gegen Baldwin. Der zurückgezogen lebende frühere Premier wurde in den Kriegsjahren mit einer Flut von Briefen überschüttet, und die Vorwürfe und Verwünschungen, die ihn wegen seiner Scheu vor den Tatsachen, seines Verschweigens, seiner Ausflüchte, seiner Versäumnisse und seiner Passivität überhaupt trafen, mussten ihn gerade durch den Kontrast daran erinnern, wie er zwanzig Jahre zuvor Lloyd George wegen seiner Dynamik verwünscht hatte. Es war eine eigentliche Verfemung, unter der Baldwin schwer litt. Winston Churchill war einer der wenigen, die sich grossmütig zeigten: er lud den Einsamen eines Tages in die Downing Street ein und fand die Zeit, sich mit ihm über die Kriegslage zu unterhalten. *Harald Nicolson*, bei dem Baldwin am Tage darauf zu Gaste war, vermerkte in seinem Tagebuch, wie wohl dem alten Mann die Aufmerksamkeit Churchills getan hatte.

Neville Chamberlain und Lord Halifax

Neville Chamberlain, der die Nachfolge Baldwins antrat, hatte als Schatzkanzler und konservativer Führer seit Jahren einen richtunggebenden Einfluss in der Regierung ausgeübt. Er war ein Mann von grosser Selbstsicherheit — «nur zu sicher, in allen Fragen Recht zu haben», sagt Harold Macmillan von ihm. Vor unangenehmen Situationen und hässlichen Tatsachen schloss er, anders als Baldwin, selten die Augen. Im Jahre 1935 hatte er in der konservativen Führung vorgeschlagen, den Wahlkampf mit einem Rüstungsprogramm zu führen, nicht mit dem Versprechen einer Völkerbundsaktion, das Baldwins wahltaktischer Gedanke war und ihm den grossen Triumph brachte.

Neville Chamberlain, nur zwei Jahre jünger als Baldwin, stand, als er das Amt des Premierministers antrat, im 68. Lebensjahr. Er war ein Sohn Joseph Chamberlains, des Industriellen und radikalen Politikers aus Birmingham, der seit 1876 im Unterhaus sass und mit den Liberalen eine Politik des Entgegenkommens an das Selbstregierungsverlangen der Iren befürwortete, mehrmals Minister war, Ende der achtziger Jahre jedoch, weil ihm Gladstone mit der Home Rule für Irland ein für das Empire ge-

fährliches Zugeständnis zu machen schien, mit einer Gruppe von Liberalen zu den Konservativen überging — ein Mann, der als Parlamentarier und Schatzkanzler ein Kapitel britischer Geschichte geschrieben hat und dessen Name in Europa Gewicht hatte. Von dem Temperament dieses Vaters hatte Neville nichts und seine politische Begabung nur in verdünnter Form geerbt. Aus dem regen politischen Leben im Hause Joe Chamberlains in Birmingham zog Neville keinen grossen Gewinn — ungleich seinem älteren Bruder Austen, dem späteren Aussenminister, den der Vater von vornherein für die politische Laufbahn bestimmt hatte und der die darauf gerichtete Erziehung in Cambridge und an kontinentalen Universitäten erhielt.

Im Alter von 22 Jahren wurde Neville 1891 von seinem Vater nach der Insel Andros in den *Bahamas* geschickt, um Sisalhanf zu pflanzen und das Familienvermögen zu mehren. Statt dessen ergab der Versuch einen Verlust von 70000 Pfund. Der unerfahrene junge Mann hatte sich auf der einsamen Insel in seine Arbeit gestürzt, den Buschwald gerodet, Sisalhanf gepflanzt und Maschinen zur Verarbeitung angeschafft, um nach vier Jahren festzustellen, dass die Pflanzen nicht gediehen. In dem Brief, in dem er seinem Vater den vollkommenen Misserfolg meldete, klagte er sich selbst des Mangels an Urteilsfähigkeit an. Die Pflanzerkatastrophe von Andros war das Trauma Neville Chamberlains, ein Versagen, das er im Leben wiedergutmachen wollte — und dabei hat er, wie Francis Williams zeigt, in der Politik mehrfach gerade den verhängnisvollen Fehler wiederholt, sich in Überschätzung seines Urteilsvermögens kopfüber in eine Sache zu stürzen und mit Hartnäckigkeit darauf zu beharren. Auf seine Politik des Appeasement gegenüber Hitler trifft die Parallele sicher zu.

Nach der Rückkehr von den Bahamas trat Neville Chamberlain in Birmingham in eine Industriefirma ein. 1915 wurde er dort, wie schon sein Vater, zum Lord Mayor gewählt. Im November 1918 gelangte er ins Parlament; 1922 erhielt er sein erstes Regierungsamt, und 1923 wurde er für kurze Zeit zum erstenmal Schatzkanzler.

Das Amt des Schatzkanzlers, eines der höchsten im Kabinett, hatte Neville Chamberlain von 1931 an in der Koalitionsregierung all die Jahre bis zu seiner Ernennung zum Premierminister inne. Kraft seiner Stellung in der Regierung und seines Einflusses im Führerkreis der Konservativen war er schon damals an allen Entscheidungen, aber auch Versäumnissen, mitbeteiligt, und mitverantwortlich war er bestimmt dafür, dass im März 1936, als deutsche Truppen vertragswidrig ins Rheinland einmarschierten, die letzte Möglichkeit verpasst wurde, Hitler ohne Krieg zum Rückzug zu zwingen.

Von sich aus hätte Chamberlain, wie schon angedeutet, wahrscheinlich das Signal zur Rüstung früher als Baldwin gegeben und die von der öffentlichen Meinung erzwungene bescheidene Anstrengung nicht gleich gebremst wie Baldwin, der, als er endlich einen Verteidigungsminister ernannte, einen

völlig inkompetenten Mann mit dem Amt betraute — zum Zeichen, dass daraus nichts werden sollte. An sich handelte Chamberlain als Premier auch richtig, als er dem Schwanken Grossbritanniens zwischen Völkerbund und engstem Nationalinteresse ein Ende bereitete; aber er zog aus der Schwäche des Völkerbundes nicht die Konsequenz, dass als Gegengewicht gegen Hitlers Kriegsapparat ein Mächteblock unter Einbeziehung der Sowjetunion gebildet werden müsse. Daran hinderte ihn sein Misstrauen gegen das kommunistische Regime.

Illusionen und Selbstgefälligkeit

Das erste halbe Jahr des Kabinetts Chamberlain war, da Hitler 1937 in seiner Politik des Fait accompli und der einseitigen Akte eine Pause eingeschaltet hatte, relativ ruhig; aber noch vor dem Frühjahr 1938 wurden die Vorzeichen neuer Krisen erkennbar. In dem Bestreben, unrealistische Vorstellungen über den Völkerbund zu korrigieren, hatte Chamberlain die Frage, ob irgend ein Staat im Fall eines Angriffs einer stärkeren Macht mit dem Schutz des Völkerbundes rechnen könne, mit einem glatten Nein beantwortet. Für Hitler, der sich gerade anschickte, das österreichische Problem durch den Anschluss zu lösen, war Chamberlains Erklärung eine Einladung zum Einmarsch nach *Österreich:* nach dieser präventiven Absage einer Kollektivaktion bestand überhaupt kein Risiko mehr. Im gleichen Sinne wirkte die Entlassung Edens als Aussenminister, die Mussolini besänftigen sollte, und seine Ersetzung durch *Lord Halifax* im Februar 1938. Damit verschwand ein den Diktatoren unbequemer Unsicherheitsfaktor, mit dem sie bisher hatten rechnen müssen. Schon vorher hatte Lord Halifax weit mehr als Eden das Vertrauen Chamberlains genossen; von nun an wurde der Kurs des *Appeasement* von diesem Zweigespann gesteuert.

Beide machten sie sich von dem Charakter und den Methoden ihrer Gegenspieler ein falsches Bild. Ihre Spekulation, Mussolini werde nach dem deutschen Einmarsch in Österreich zu einem Ausgleich mit England bereit sein, erwies sich als irrig, da der Machtzuwachs Deutschlands den faschistischen Diktator von Hitler noch abhängiger machte. Mit ihrem Verhandlungsprogramm waren Chamberlain und Halifax stets einen Schritt hinter den Ereignissen her. Der Premierminister hatte *Sir Horace Wilson* zu seinem diplomatischen Berater gemacht, einen Beamten, der mit Erfolg über Wirtschaftsabkommen verhandelt und sich besonders in Verhandlungen über Arbeitsverträge der Industrie mit den Gewerkschaften bewährt hatte. Der eigentliche Stab des Foreign Office, das die britischen Interessen und Verpflichtungen im traditionellen Sinne wahrzunehmen hatte, wurde beiseitegeschoben. Chamberlain wollte, im Einverständnis mit Lord Halifax,

freie Hand für Zugeständnisse an Hitler haben, um dann mit ihm zu einem «Geschäftsabschluss» zu kommen. Die naive Vorstellung, dass Hitler, dessen Politik in die Phase der territorialen Expansion bereits eingetreten war, einstweilen zwar etwas übertriebene Forderungen erhebe, schliesslich aber der Verhandlungskunst britischer Staatsmänner ebensowenig wie die Gewerkschaftsführer werde widerstehen können, spielte im Frühjahr 1938 eine verhängnisvolle Rolle.

Der Weg nach München

Als wenige Wochen nach dem Anschluss Österreichs deutliche Anzeichen dafür vorlagen, dass Hitlers nächstes Ziel die Zerstörung der *Tschechoslowakei* war, musste Chamberlain, wenn er mit Verhandlungen überhaupt Erfolg haben wollte, die Widerstandskraft des gefährdeten Staates stärken und dessen Verbündete unterstützen. Auch musste das frühzeitig geschehen, bevor noch die Machtentfaltung Hitlers einen Druck ausübte. Ein solcher Versuch ist in der Tat unternommen worden. Als Mitte Mai die Prager Regierung sich beunruhigt zeigte und eine Teilmobilmachung verfügte, wurden Frankreich und Grossbritannien in Berlin vorstellig. Die Befürchtungen waren begründet — nicht wegen lokaler Vorbereitungen an der Grenze, um so mehr aber wegen des Anlaufens einer deutschen militärischen Aktion grossen Massstabs und aus grösserer Tiefe. Der Eindruck der britisch-französischen Vorstellungen wurde jedoch wenige Tage darauf wieder ausgelöscht durch ein Telegramm Lord Halifax' an den britischen Botschafter in Berlin, in dem Chamberlains Aussenminister zur Ruhe mahnte und erklärte, man dürfe die tschechische Situation nicht ausser Kontrolle geraten lassen, «da dann nur die Kommunisten davon profitieren würden». Danach wusste Hitler, dass der britischen Regierung bei ihrer Festigkeit nicht wohl war.

Gewiss hatte London allen Grund zum Zweifel an der Entschlossenheit, Bereitschaft und Fähigkeit *Frankreichs*, der verbündeten Tschechoslowakei im Falle eines deutschen Angriffs wirksame Hilfe zu leisten. Das hätte die britische Regierung jedoch nicht daran hindern sollen, gemeinsam mit der französischen Regierung diplomatisch und politisch die Tschechoslowakei in der Abwehr der deutschen Einschüchterungskampagne zu unterstützen. Für Chamberlain und besonders für Lord Halifax war aber der *französisch-sowjetische Hilfspakt* ein Stein des Anstosses und der Grund oder Vorwand für ihre Abneigung, zur politischen Unterstützung Prags mit Frankreich zusammenzugehen. Sie zogen es vor, durch ihre Vermittlungsaktion die Prager Regierung auf den Weg der Konzessionen zu führen, und um die französische Regierung bemühten sie sich erst wieder intensiv, als es im Sep-

tember galt, ihre Mitwirkung zu erlangen bei dem Versuch, die Tschechoslowakei zur Abtretung der sudetendeutschen Gebiete an das Dritte Reich zu zwingen.

Im Laufe des Krisensommers 1938 hatte sich Hitler die britische Vermittlungsbereitschaft für seine Zwecke dienstbar gemacht und sie schliesslich zur Durchsetzung seiner Forderungen eingespannt. Dabei kam ihm auch die Komplizität bestimmter Kreise in England zugute. Als *Lord Runciman*, der den Tschechen aufgedrängte Vermittler, die Prager Regierung dazu bewogen hatte, den Sudetendeutschen in ihrem Gebiet die Selbstverwaltung zuzugestehen, bezeichnete die «Times» in ihrem Leitartikel vom 7. September das Zugeständnis der Autonomie als ungenügend und erklärte, die Tschechoslowakei täte besser, die umstrittenen Gebiete an Deutschland abzutreten. Chamberlain hatte den Artikel nicht veranlasst, konnte aber auch den Verdacht, dass er der heimlichen Absicht der britischen Regierung entspreche, nicht zerstreuen, und als der Premier kurz darauf nach *Berchtesgaden* zu der ersten Begegnung mit Hitler flog, musste er den Anspruch auf *Abtretung der sudetendeutschen Gebiete* als Mindestforderung des deutschen Diktators entgegennehmen.

Die Ungeheuerlichkeit der Forderung kam Chamberlain gar nicht zum Bewusstsein; bei ihm überwog die Befriedigung darüber, dass er nun eine Verhandlungsgrundlage und die Möglichkeit zu einer Ausdehnung der Besprechungen auf das britisch-deutsche Verhältnis überhaupt hatte; der Preis, der dafür bezahlt werden musste, vor allem von der Tschechoslowakei, war ihm nebensächlich. Die persönliche Chance schien ihm das wichtigste zu sein, denn es war ihm undenkbar, dass Hitler, wenn erst seine dringlichste Forderung erfüllt war, nicht bereitwillig auf eine allgemeine Verständigung mit ihm, dem britischen Premierminister, einlenken werde. Die *Illusionsbereitschaft*, mit der Chamberlain einem solchen «Erfolg» nachjagte, war die Schwäche, die Hitler erkannte und ausnützte. Allerdings hätte er selbst bei der zweiten Begegnung in Godesberg beinahe den Bogen überspannt, als er dem britischen Premier zumutete, nach der Abtretung der sudetendeutschen Gebiete von der tschechoslowakischen Regierung auch ihre sofortige Räumung unter den härtesten Bedingungen zu verlangen.

Dagegen erhob sich nun doch Widerstand im britischen Kabinett, und Chamberlain sah sich gezwungen, Horace Wilson nach Deutschland zu entsenden mit dem Vorschlag, dass die Gebietsübergabe unter der Aufsicht einer internationalen Kommission vollzogen werden solle, und mit der *Warnung* an Hitler, wenn er sich weigere, würden Frankreich und Grossbritannien für die Tschechoslowakei kämpfen. Wilson traf Hitler in schlechter Stimmung und brachte deshalb den zweiten Teil seines Auftrags, die Warnung, gar nicht vor. Kläglicher hätte die Rolle dieses Vertreters der «business-negotiation» nicht ausfallen können. In London nahm Chamber-

lain der Demarche einen Teil ihrer Wirkung, indem er in einer Radiorede darüber klagte, wie «schrecklich, phantastisch und unglaublich» es sei, dass die Engländer Schutzgräben ausheben und Gasmasken anprobieren müssten «wegen eines Streits in einem weitentfernten Land zwischen Leuten, von denen wir nichts wissen». Der Vorschlag einer internationalen Kommission, in der auch die Tschechen vertreten sein sollten, fiel unbeachtet unter den Tisch, als Hitler den Umweg über die *Münchener Konferenz* einschlug und dort alles nach seinem Willen bekam ...

Chamberlain fühlte sich durch das *Münchener Abkommen* gerettet. Die Preisgabe der Tschechoslowakei liess ihn gleichgültig; den Machtzuwachs Deutschlands, dessen Tragweite er in seiner Unwissenheit gar nicht ermass, nahm er in Kauf, wenn er nur von einem Abkommen mit Hitler begleitet war. In der ganzen Krise ist Chamberlain nie ernsthaft auf die Überlegung eingegangen, dass Hitler selbst bei seiner aggressiven und risikobelasteten Politik mit einer inneren Opposition, namentlich auch in militärischen Kreisen, zu rechnen hatte, die ihm im Kriegsfall gefährlich werden konnte. Der britischen Regierung gingen darüber bestimmte Informationen zu; da sie aber nicht seiner Politik entsprachen, trug ihnen Chamberlain nicht Rechnung. So hatte Hitler alle Chancen, seine inneren Gegner keine. So kam es auch, dass der britische Premier das Münchener Abkommen, diese folgenschwere Niederlage Frankreichs und Englands, paradoxerweise als seinen Erfolg betrachtete.

Die Selbstgefälligkeit, mit der Chamberlain in München das Einvernehmen mit den Diktatoren genoss, war geschmacklos und mehr noch ein Beweis seiner Einsichtslosigkeit. Das ganze Ausmass seiner Illusionsbefangenheit offenbarte sich am Tage nach der Konferenz, als er den Augenblick für gekommen hielt, Hitler aufzusuchen und ihm eine *gemeinsame Erklärung* vorzuschlagen, in der sie, der britische Premier und der deutsche Reichskanzler, das Münchener Abkommen als Symbol des Wunsches ihrer beiden Völker deuteten, nicht mehr gegeneinander Krieg zu führen, und ausserdem ihren Entschluss kundtaten, «die Methode der Konsultation bei der Behandlung jeder Frage anzuwenden, welche die beiden Länder interessieren könnte». Dass Hitler, ein anderer Vertreter des «wishful thinking», nur zu sehr hoffte, ohne Krieg mit England seine imperialistischen Ziele erreichen zu können, war sozusagen eine Maxime seiner Politik, und er war davon um so mehr überzeugt, als er in Neville Chamberlain den Mann gefunden zu haben glaubte, dessen Toleranz unbegrenzt schien und der bereits bewiesen hatte, dass er Deutschland sogar Machtpositionen auslieferte, ohne dabei die für das britische Prestige nachteiligen Fernwirkungen richtig zu ermessen. Hitler unterschrieb also die gemeinsame Erklärung ohne Zögern, aber in seinem Geist unbeschränkter Willkür, der eine wirkliche Konsultation ausschloss und für die Zukunft nur neue Diktate nach dem Muster von Berch-

tesgaden, Godesberg und München verhiess. Das alles durchschaute der mit Phantasie für das Böse nicht begabte Chamberlain keineswegs; die inhaltlose Erklärung war, da sich Hitler damit ihm, dem britischen Premier, gegenüber vermeintlich gebunden hatte, in seinen Augen ein Staatsakt erster Ordnung. Als er das Dokument bei seiner Rückkehr nach London vor den Augen der Menge schwenkte und «Peace for our time» versprach, da kreierte er in der Tat ein «historisches Wort» — *die* falsche Prognose des Jahrhunderts.

Das Pflänzchen Konsultation, das Chamberlain aus München mitbrachte, gedieh so wenig wie sein Sisalhanf auf den Bahamas. Die nur aufgehaltene Zerstörung des tschechoslowakischen Staates wurde am 15. März 1939 durch die Besetzung Prags, die Abtrennung der Slowakei und die Umwandlung Böhmens in ein Protektorat des Deutschen Reiches vollendet. Schon vorher hatten die Vorgänge in Deutschland, vor allem die durch den Pogrom vom November 1938 eingeleitete Verschärfung des Antisemitismus, deutlich gezeigt, dass die Aggressivität des nationalsozialistischen Regimes nach Hitlers Triumph in München erst recht gewachsen war. Das Appeasement hatte das Gegenteil dessen bewirkt, was seine Promotoren erhofft hatten.

Falsche Einschätzung Stalins

Trotz diesen unzweideutigen Vorzeichen wurde Chamberlain, der wenige Tage vor dem 15. März in der Downing Street ein überaus optimistisches Bild der Situation und der Zukunftsaussichten gegeben hatte, durch den Prager Coup vollkommen überrascht. Grossbritannien und Frankreich mussten das Fait accompli passiv hinnehmen. Chamberlain beharrte jedoch auf seinem Posten und auf dem Versuch, mit stärkeren Mitteln bei Hitler doch noch zum Ziel zu kommen. Nach anfänglichem Zögern sah er ein, dass er, wenn er sich innenpolitisch und in Europa behaupten wollte, Hitler bei seinem nächsten Abenteuer rechtzeitig entgegentreten musste. Die nächste Aktion richtete sich, darüber war kein Zweifel mehr, gegen *Polen* und würde zum Krieg führen. Das *Garantieangebot* an Polen, zu dem sich die britische Regierung nun entschloss und dem ähnliche an Rumänien und Griechenland folgten, war — von Chamberlain aus gesehen — eines der «stärkeren» Mittel, um Hitler auf den Verhandlungsweg zu zwingen.

Im Grunde jedoch waren das die Mittel, die spätestens beim Bruch des Locarnopakts, zugleich mit den von Frankreich verlangten Sanktionen, hätten angewandt werden müssen. Jetzt aber beraubte sich die britische Diplomatie mit der Garantie für Polen eines wichtigen Trumpfs gegenüber Stalin in den Verhandlungen über eine *britisch-französisch-sowjetische Mili-*

täraллianz. Bisher hatte die Sowjetunion einen deutschen Angriff über Polen fürchten müssen und deshalb ein starkes Interesse an einem Bündnis mit England und Frankreich gehabt. Als aber Polen die britische Garantie erhielt und damit von Deutschland abschwenkte, verringerte sich die Gefahr für die Sowjetunion: Stalin brauchte sich in den Verhandlungen mit Engländern und Franzosen nicht zu beeilen und konnte die nächsten Schritte Hitlers mit grösserer Ruhe abwarten. Bald hatte er die Wahl zwischen der Allianz mit dem Westen, über die in Moskau in den Sommermonaten mühsam verhandelt wurde, und einem Pakt mit Hitler. Im August entschied er sich, unter der Flagge eines Nichtangriffspakts, für den «Abschluss» mit Hitler, der ihm territoriale Gewinne verschaffte, welche die Westmächte ihm weder bieten konnten noch wollten.

Der britische Misserfolg bei den Bündnisverhandlungen mit Moskau warf natürlich die Schuldfrage auf. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass Stalin nach dem Zeugnis von W. G. Krivitsky (Ich war in Stalins Dienst. 1940) seit 1934 eine Verständigung mit Hitler anstrebte. Falls er etwa die Verhandlungen mit den Westmächten nur zum Schein, zur Verbesserung seiner Position gegenüber dem deutschen Gegenspieler, geführt hätte, könnte man den Leitern der britischen Politik höchstens vorwerfen, dass sie das Täuschungsmanöver nicht durchschauten, sondern sich so lange hinhalten liessen, bis nichts mehr zu retten war. Zweifellos hatten aber Engländer und Franzosen das Ihrige getan, um die Besprechungen auch dann in die Länge zu ziehen, wenn die sowjetischen Unterhändler an einer rascheren Gangart interessiert schienen. Neville Chamberlain und Lord Halifax hatten, bevor sie sich auf das Bündnisgespräch mit Moskau einliessen, ihr Misstrauen gegenüber dem Kommunismus und ihre Abneigung gegen engere Kontakte mit dem Sowjetregime überwinden müssen. Dieses Misstrauen und diese Abneigung waren auch beim Grossteil der konservativen Parlamentsmehrheit für das aussenpolitische Denken mitbestimmend gewesen. Daraus aber abzuleiten, dass Chamberlain aus Partei- oder Klasseninteresse die britisch-französische Militärallianz mit der Sowjetunion habe scheitern lassen, wäre falsch. Vielmehr spricht manches dafür, dass der Premier und Lord Halifax wiederum, wie schon in der Krise der Tschechoslowakei im Vorjahr, das Opfer ihrer irrigen Vorstellungen von der allgemeinen Situation, ihrer falschen Einschätzung des Gesprächspartners und ihrer eigenen Überheblichkeit geworden sind.

In erster Linie verkannten sie, dass der Faktor Zeit, eben wegen der bereits erteilten Garantie an Polen, zugunsten Stalins wirkte. Chamberlain aber glaubte zu Unrecht, dass die Verhandlungen mit den Russen keine Eile hätten: Vielleicht werde man die Sowjetunion überhaupt nicht brauchen, weil die Paktverhandlungen allein schon einen Umschwung in Berlin, mit oder ohne Hitler, bewirken würden. Die Umgebung Chamberlains hinkte

mit dieser Überlegung, die vor einem Jahr, vor München aktuell gewesen wäre, wieder hinter den Ereignissen her. Für den Fall, dass die optimistische Erwartung sich nicht erfüllte, zweifelte man nicht daran, dass es nur eines Winks an Stalin bedürfe, um die britisch-französisch-sowjetische Allianz zum Abschluss zu bringen. Durch die hinhaltende Taktik der Russen liess man sich nicht beunruhigen, und ihren Anspruch auf die Stellung des gleichberechtigten Partners nahm man nicht ganz ernst: Stalin müsse auf seiner Würde bestehen, um sich und der Welt zu demonstrieren, dass er mit Grossbritannien auf dem Fusse der Gleichberechtigung verhandle. Ähnlich wie Hitler trat in dieser englischen Vorstellungswelt auch Stalin als ein rauher, widerborstiger und verschlagener Zeitgenosse auf, der aber daneben über Rang und Macht Grossbritanniens vollauf Bescheid wusste und nicht verfehlen würde, die ihm gebotene Chance zu ergreifen...

Diese Selbstgefälligkeit wurde jäh gestört durch den Hitler-Stalin-Pakt, auf den binnen weniger als zehn Tagen der deutsche Angriff gegen Polen folgte. Hier erhebt sich die Frage, in welchem Masse *Lord Halifax* neben Chamberlain für den doppelten Fehlschlag der britischen Politik, gegenüber Hitler und gegenüber Stalin, verantwortlich war. Als Aussenminister hat er keine sehr aktive Rolle gespielt, hat er doch gerade in den kritischen Konfliktsituationen die politische Leitung Horace Wilson überlassen, dem diplomatischen Berater Neville Chamberlains. Aber seine zum Teil durch Herkunft und Erziehung bestimmten Vorurteile und das Superioritätsgefühl, in dem er mit Chamberlain übereinstimmte, wirkten sich in der beharrlich falschen Einschätzung der Situation Grossbritanniens und des Charakters seiner Gegenspieler auf folgenschwere Weise aus.

Ein Günstling des Glücks

Lord Halifax war reichlich ein Jahrzehnt jünger als der Premierminister; er war von aristokratischer Selbstsicherheit, und «Schuldgefühle», wie sie Baldwin und sogar Neville Chamberlain verfolgten, waren ihm völlig fremd. Der Sohn des zweiten Viscount of Halifax wurde mit 29 Jahren, damals noch unter dem Namen Edward Wood, ins Unterhaus gewählt und bekleidete, was ihm eine Selbstverständlichkeit war, Ministerämter im ersten und zweiten Kabinett Baldwin. Noch bevor er den Titel seines Vaters erbte, wurde er 1925 als Lord Irwin in den Peersstand erhoben und ging 1926 auf sechs Jahre als Vizekönig nach Indien. Auf seine Zeitgenossen machte er einen unauslöschlichen Eindruck dadurch, dass er unter Überwindung aller Vorurteile Gandhi leutselig ins Gespräch zog und doch auch imstande war, ihn gegebenenfalls verhaften zu lassen. Die Mischung von Liberalität und Strenge fand die Bewunderung der Engländer, die Gandhis wegen unter

Gewissensbissen litten und Lord Irwin für eine elegante, akzeptable Lösung des Dilemmas Dank wussten. Da Lord Halifax später der Meinung war, dass Gandhi und Hitler, beide Vegetarier, Abstinenten und Eiferer für ihre Sache, einiges Gemeinsame hätten und wohl auch ähnlich zu behandeln seien, traute man ihm gerne eine besondere Begabung für den Umgang mit dem deutschen Diktator zu.

Es hält schwer, in der Tätigkeit Lord Halifax' als Aussenminister markante Akte festzustellen. Im ganzen blieb es bei einem *Finassieren*, mit dem er, ohne je seine Vorstellungen und vorgefassten Meinungen zu revidieren, eine längst widerlegte Politik rechtfertigen und womöglich in eine für ihn günstige Situation hinüberretten wollte. Ein unschönes Beispiel dafür war die diplomatische Gewandtheit, mit der er es verstand, sich dem britisch-französischen Versprechen einer Mächtegarantie, das der Rest-Tschechoslowakei in München gegeben worden war, durch eine negative Interpretation der Verpflichtung zu entziehen, so dass es England erspart blieb, im März 1939 als wortbrüchig zu erscheinen.

Den Augenblick, in dem seine und Chamberlains Kunst des Finassierens im britischen Parlament, ja beim Grossteil der konservativen Mehrheit, keinen Anklang mehr fand, hat Lord Halifax allerdings verkannt. Als am 1. September 1939 der deutsche *Angriff auf Polen* Tatsache war, zögerte Halifax mit der Erfüllung des britischen Garantieversprechens, indem er keine Kriegserklärung an Deutschland richtete, sondern Hitler noch einmal die Möglichkeit eröffnete, durch Zurückziehung seiner Truppen alles sozusagen ungeschehen zu machen und in Verhandlungen mit der Aussicht auf polnische Zugeständnisse einzutreten. Es versteht sich von selbst, dass Hitler darin nur ein Schwächezeichen sah. Als nach zwei Tagen die erwartete *Kriegserklärung* der Westmächte an Deutschland noch nicht vorlag und der Premierminister im Unterhaus nur eine ausweichende Erklärung abgab, verdichtete sich die *Ungeduld* im Parlament zu dem Verdacht, dass — zum erstenmal tauchte dieses Gespenst der Diplomatie des 20. Jahrhunderts auf — «ein neues München» in Vorbereitung sei. Jetzt erkannte Chamberlain, dass weiteres Zögern die Regierung in ernste Schwierigkeiten bringen würde, und in einiger Erregung teilte er dem Aussenminister mit, dass vor der nächsten Sitzung des Unterhauses die Kriegserklärung in Berlin überreicht sein müsse. Nur Lord Halifax gab sich den Anschein, als ob er den Grund der Beunruhigung und Ungeduld nicht begreife; er wunderte sich über die emotionelle Reaktion des Unterhauses, wo doch seine eigene Erklärung im Oberhaus gut aufgenommen worden war, und er wunderte sich über die Erregung des Premierministers.

Trotz dem Scheitern ihrer Politik hielten sich der Premier und der Aussenminister auch in dem Krieg, den sie nicht hatten verhindern können, für unentbehrlich — vor allem weil sie, in dieser Hinsicht Erben Baldwins,

nichts mehr fürchteten als eine dynamische Persönlichkeit in der Führung Englands. Das suchten sie mit zähem Beharrungsvermögen zu verhindern. Trotz ihren Misserfolgen haben weder Neville Chamberlain noch Lord Halifax je den Unwillen des englischen Volkes in dem Mass wie Baldwin zu spüren bekommen. Chamberlain fand zu seinen Lebzeiten scharfe Kritiker, aber zu einer Verfemung, wie sie Baldwins letzte Jahre verdüsterte, steigerte sich auch das gelegentlich harte Urteil nie. Chamberlain wurde allerdings Jahre vor seinem älteren Vorgänger abberufen; Lord Halifax jedoch hat den Krieg überlebt und blieb darüber hinaus als Botschafter im Amt — auch in der Zeit der harten Abrechnung mit den Männern des Appeasement ist auf seinen Ruf als gewandter, überlegener und weiser Staatsmann kaum ein Schatten gefallen.

Das Ende der Selbsttäuschungen

Die respektvolle Bewunderung, von der sich Lord Halifax stets umgeben sah, hatte ihn im *Mai 1940* sogar zu dem Glauben verleitet, dass er eher als Winston Churchill berufen sei, als Premierminister die Führung einer Koalitionsregierung zu übernehmen. Als damals der Krieg in Europa die verheerende Stosskraft des Hitlerschen Militärapparats an den Tag brachte und Grossbritannien seiner schwersten Belastungsprobe entgegenging, erhob sich im Parlament immer lauter der Ruf nach Umbildung des im wesentlichen konservativen Kabinetts zu einer Koalitionsregierung unter Beteiligung der Labourpartei. Chamberlain war von seiner politischen Sendung auch jetzt noch so durchdrungen, dass er daran dachte, selbst eine solche Regierung zu bilden. Erst der Sturm, in dem sich Ungeduld und angestaute Verdrossenheit im Unterhaus plötzlich Luft machten, und das unumwundene Nein der Labourführung überzeugten Chamberlain davon, dass seine Zeit endgültig vorbei war. Aber er hoffte, sein Amt statt an Churchill an Lord Halifax weitergeben zu können. Nicht mit Unrecht erwartete er, dass der Gedanke bei manchen alten Gegnern Churchills, bis in die Labourkreise hinein, Anklang finden würde. Lord Halifax war bereit und hielt sich durchaus für befähigt, Premierminister einer Koalitionsregierung in dem gefährlichsten aller Kriege zu werden. Beide, Chamberlain und Halifax, waren sich aber klar darüber, dass diese Kandidatur nur mit Churchills Zustimmung und Empfehlung denkbar war.

Der Versuch Chamberlains, Lord Halifax als seinen Nachfolger dem alten Gegner Churchill zu oktroyieren, ergab eine denkwürdige Szene, die für das Abtreten der Staatsmänner der Zeit zwischen den Kriegen symbolisch war. Die Unterredung fand in Gegenwart von Lord Halifax in Downing Street Nr. 10 statt. Chamberlain gestand, dass er sich von der Unmöglichkeit,

selbst eine Koalitionsregierung zu bilden, habe überzeugen müssen; gleichzeitig aber versuchte er, Churchill begreiflich zu machen, dass er seinerseits wegen einer kämpferischen Auseinandersetzung mit der Labourfraktion für diese Mission nicht geeignet sein könne. Das Groteske an Chamberlains Argumentation war, dass der vermeintliche Zwischenfall auf Churchills temperamentvolle Verteidigung des Premierministers gegen die Kritik der Labourfaktion zurückging — eine eher ironisch zu verstehende Episode, die das Verhältnis Churchills zu den sozialistischen Parlamentariern natürlich nicht im geringsten beeinträchtigt hatte... Churchill, sonst um Worte nie verlegen, schwieg zu den Argumenten Chamberlains, dessen allerdings nicht genannter präsumtiver Nachfolger ebenfalls stumm blieb. Das Schweigen währte lange Minuten. Es wurde klar, dass Churchill weder für sich selbst einen Verzicht aussprechen noch auf den Gedanken kommen würde, die Berufung Lord Halifax' als Premierminister der Koalitionsregierung zu empfehlen. Schliesslich brach Halifax den Bann und legte dar, dass er als Mitglied des Oberhauses die Politik der Regierung vor dem Unterhaus nicht vertreten könne und dass er wegen dieser Behinderung als Premierminister einer Koalition in Kriegszeiten nicht geeignet sei. Nach diesem Verzicht war die Situation klar genug, dass Churchill das Wort ergreifen und erklären konnte, er werde eine Berufung des Königs annehmen. Die dynamische Persönlichkeit, der die Staatsmänner zwischen den Kriegen, von Baldwin bis Neville Chamberlain, den Weg hatten verlegen wollen, übernahm in einer Stunde höchster Gefahr die Verantwortung.